

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelte seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 107A

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Jeyms, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5395.

Inhalt. Immer vorwärts! (Gedicht). — Der Schlußakt des Systems Noske! — Von der Not im Erzgebirge (I). — Aus dem Gebiete der schlesischen Textilheimarbeiter (I). — Gegen die Ausbeutung der Heimarbeiter. — Aus der Textilindustrie. — Aus Handel und Industrie. — Betriebesrätsel. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Berichtigung. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

Immer vorwärts!

Von Hoffmann von Fallersleben.

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten,
Nie kämpft es sich schlecht
Für Freiheit und Recht!
Und nimmer verzaget!
Von neuem gewaget!
Und mutig voran!
Da zeigt sich der Mann.
Wir wollen belachen
Die Feigen und Schwachen;
Wer steht wie ein Held,
Dem bleibet das Feld.
Einst wird es sich wenden,
Einst muß es sich enden
Zu unserm Glück:
Drum nimmer zurück!

Der Schlußakt des Systems Noske!

Das sträfliche System Noske hat als Ergebnis den Putzsch der Rapp-Lüttwitz gezeitigt, dessen politische und wirtschaftliche Folgen sich heute noch keineswegs übersehen und abschätzen lassen. Die Aufrichtung der militärischen Säbel-diktatur durch eine Handvoll Offiziere und politische Abenteuerer gilt als gescheitert, jedoch das deutsche Volk muß mit dem Blute Tausender von Arbeitern und einem nach Milliarden zu berechnenden wirtschaftlichen Schaden gegen den die Streiks vom vorigen Jahre nur ein Kinderpiel waren, diesen Streich bezahlen. Die politischen Auswirkungen lassen sich heute noch keineswegs abschätzen — dazu sind die Verhältnisse noch zu verworren —, und die Militärkaste gibt die Hoffnung noch nicht auf, das gesteckte Ziel zu erreichen. Die Plattform zur Fortsetzung des Kampfes haben ihr fälschliche Regierungsmänner gegeben, die die Gefahr des Bolschewismus, mittels welcher das Bürgertum zum Sammeln gegen die Arbeiterchaft gelassen hatte, an die Wand malten; die Militärkaste führt heute noch den Kampf unter der Devise „Gegen den Bolschewismus!“ in Wirklichkeit gegen den Sozialismus und gegen die Demokratie fort. Die Regierung ist heute noch nicht Herr über die Militärkaste, die auf eigene Rechnung noch Politik mit dem Säbel macht und den Kampf in der schändlichsten Weise gegen die Arbeiterchaft führt. Der Kampf ist deshalb noch nicht abgeschlossen. Die Militärkaste hatte alles gut auf den Putzsch vorbereitet. Die ersten Belastungsproben waren die Prozesse gegen die Offiziere Marloh und Kessel vor dem Militärgericht. Die Urteile zeigten offenkundig, daß die Militärkaste über das neue demokratische Staatswesen zur Tagesordnung übergegangen war, daß sie, nach wie vor, einen Volksteil für sich bildete. Die Urteile konnten ergehen, ohne daß die Richter vom Richteramt mit Schimpf und Schande verstoßen wurden. Die Regierung verschloß gegen die Tatsachen die Augen, und die Staatsstreicher konnten ihre Vorbereitungen weiter treffen. Sollten die Prozesse gegen Marloh und Kessel die Widerstandskraft erproben, so sollte der Erzbergerprozeß den Boden für die Konterrevolution vorbereiten. Die Kasernen waren inzwischen zu Brutstätten der Hochverräter verwandelt. Dort wurde durch alldeutsche Vorträge unter den Soldaten konterrevolutionäre Stimmung erzeugt. Wenn nun trotz alledem es nur bei einem Putzsch blieb, so ist dies lediglich der Arbeiterchaft zu danken, die, in richtiger Erkenntnis der Sachlage, alles Trennende beiseite schob und den Kampf mit aller Entschiedenheit gegen die Staatsstreicher aufnahm. Die Arbeiterchaft weiß zu gut, was sie zu erwarten hätte, wenn die Herrschaften von ehemals wieder ans Staatsruder kämen; deshalb war mit einem Schlage trotz der tiefgehenden politischen Meinungsverschiedenheiten der Streit gestoppt und eine gemeinsame und einheitliche Kampffront hergestellt, die sich dem Feind entgegenwarf. Der Generallstreik muß als glänzender gelungen bezeichnet werden. Daß sich die christlichen Gewerkschaften dem Streit entgegenstellten, konnte demselben keinen Abbruch tun. Er hat sich als eine scharfe und wichtige Waffe erwiesen. Die Arbeiterchaft wird diese Waffe gegen die Staatsstreicher bereithalten und nicht dulden, daß das deutsche Volk jemals wieder unter die Diktatur jener Gewaltmenschen gebeugt wird. Wir sind noch nicht über den Berg hinweg, und es scheint, als fände nur eine Atempause statt. Die Arbeiterchaft wird deshalb auf dem Posten sein.

Zur Sicherung des Einflusses der Arbeiterchaft auf die Gestaltung der Zukunft sind folgende

Forderungen

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und des Deutschen Beamtenbundes formuliert worden:

1. Entscheidender Einfluß der genannten Arbeitnehmerverbände auf die Umgestaltung der Regierungen im Reich und den Ländern sowie auf die Neuregelung der Wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung.
 2. Sofortige Entlassung und Bestrafung aller am Putzsch beteiligten Truppen und Bestrafung aller Personen, die am Sturz der legalen Regierungen beteiligt waren oder sich als Beamte des Reiches, der Länder oder Gemeinden ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.
 3. Sofortiger Rücktritt des Reichsministers Noske sowie der preussischen Minister Oeser und Heine.
 4. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von allen reaktionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen, und deren Ersatz durch zuverlässige Kräfte; Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten gemäßigten Organisationsvertreter.
 5. Schnellste Durchführung der Demokratisierung der Verwaltungen unter Zugiehung und Mitbestimmung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.
 6. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten; schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.
 7. Sofortige Sozialisierung des Bergbaues und der Kraftgewinnung; Übernahme der Kohlenindustrie und des Kalisyndikats durch das Reich.
 8. Sofortige Vorlegung eines Enteignungsgesetzes gegen Grundbesitzer, die die verfügbaren Lebensmittel nicht abführen oder ihren Betrieb nicht im Interesse des Volksganzen betriebswirtschaftlich, damit die produktiven Kräfte zur Gewinnung von Nahrungsmitteln restlos ausgenutzt werden.
 9. Auflösung aller konterrevolutionären militärischen Formationen, Übernahme des Sicherheitsdienstes durch die organisierte Arbeitnehmerschaft.
- Ob die Regierung bereit ist, diesen Forderungen Rechnung zu tragen? Es scheint nicht so. Solange die Dinge sich nicht entwirrt haben, können wir unseren Mitgliedern nur zurufen: Seid auf dem Posten!

Von der Not im Erzgebirge.

(Feststellungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes.)

I.
Der Krieg hat nicht nur unsere gesamte Volkswirtschaft vernichtet, er hat auch die Volksgesundheit völlig untergraben. Der durch den Krieg angerichtete Schaden jeder Art ist unberechenbar und unübersehbar. Die moralischen und sittlichen Werte, die der Krieg vernichtet hat, sind unerlässlich, also unwiederbringlich verloren. Das große moralische Defizit, das der Krieg hinterlassen hat, ist nie wieder auszugleichen. Am schwersten hatte, mittelbar und unmittelbar, das deutsche Volk (die Arbeiterchaft) unter den verheerenden Wirkungen des Krieges zu leiden. Es läuft Gefahr, an den Kriegsfolgen zugrunde zu gehen.
Als während des Krieges die furchtbare Not des deutschen Volkes immer sinnvoller in die Erscheinung trat, wußte die wilhelminische Regierung nichts Besseres zu tun, als die Wahrheit gewaltsam zu unterdrücken. Die standesamtlichen Nachrichten wurden verboten. Niemand sollte erfahren, in welchem erschreckendem Umfang die Todesfälle zunahmen und die Geburten zurückgingen. Daneben war man ebenso eifrig wie erfolgreich bemüht, die öffentliche Meinung irrezuführen. In den berühmten Pressekonferenzen der Obersten Heeresleitung wurde die Parole ausgegeben, fortgesetzt auf die Ernährungsschwierigkeiten in den Entente-Ländern zu verweisen, die Lebensmittelversorgung in Deutschland aber als gesichert, die Ernährung als ausreichend zu bezeichnen. Eine feile Presse fand sich bereit, diese Lügen tagtäglich zu verbreiten. Die von der Regierung ausgehaltene Presse lag das Blaue vom Himmel herunter und predigte das Aus- und Durchhalten bis zum endgültigen Siege, während das Volk buchstäblich verhungerte.
Unter der eisernen Faust der Militärdiktatur herrschte Kirchhofskruke im Lande und der Tod hielt reiche Ernte; die heute zur Verfügung stehenden amtlichen Zahlen beweisen das zur Genüge. Durch diese systematische Täuschung wurde erreicht, daß im Auslande die Not in Deutschland und deren Umfang ziemlich unbekannt blieb. Was kümmerte es die deutschen Gewaltpolitiker, daß die Täuschungsmanöver in der Arbeiterchaft, unter Frauen und Kindern, zahlreiche Opfer forderten. Das Prestige zu wahren, darauf kam es ihnen in erster Linie an. Leider fand die volksfeindliche Prestigepolitik in den Mehrheitsparteien und ihrer Presse stets willige

Gehlfersherfer. Somit haben sich alle, die die Kriegspolitik der Regierung vorbehaltlos unterstützten, schuldig gemacht. Sie tragen die Verantwortung für das namenlose Elend, das heute in Deutschland herrscht. Die tieftraurigen Zustände, unter denen die deutsche Arbeiterchaft so unjagbar schwer zu leiden hat, sind die logische Folge verantwortungslosen Politik. Die unglücklichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart resultieren aus den großen politischen Fehlern der Vergangenheit. Das muß zunächst immer wieder von neuem betont werden, denn weite Kreise des Volkes fangen an zu vergessen, wer die Schuldigen sind an dem Elend, das uns betroffen hat.

Und so kam es, daß zunächst einzig und allein die Not in Oesterreich in der ganzen Welt ein Echo des Mitleids und der Hilfsbereitschaft auslöste. Als vor Monaten die Silberfeste aus Wien ertönte, war auch die deutsche Arbeiterchaft, trotz der eigenen großen Not, sofort bereit, soweit das ihren schwachen Kräften möglich war, zu helfen und zu retten. Und doch war wohl allen hilfsbereiten deutschen Arbeitern von vornherein klar, daß wir eigentlich nicht nötig hätten, in die Ferne zu schweifen, um Elend und Not zu lindern. Tatsächlich gibt es um uns herum und in unserer nächsten Nähe soviel Not, daß wir eigentlich keine Ursache haben, Hilfsaktionen für das Ausland — und wenn dieses Ausland auch Deutschösterreich ist — zu unterstützen. Die Not in den deutschen Großstädten, vor allem aber in verschiedenen sächsischen Amtshauptmannschaften, dürfte der Not in Wien an Umfang wohl kaum nachstehen.

Im Auftrag des Vorstandes des Deutschen Textilarbeiterverbandes habe ich Ende Februar und Anfang März gemeinsam mit einer dänischen Studienkommission das obere Erzgebirge bereist, um uns an Ort und Stelle zu überzeugen, in welchem Umfange Elend und Not in jenen Gegenden vorhanden ist. Was wir erfahren und gesehen haben, ist furchtbar. Wir waren in mehreren Städten und Dörfern. Wir haben mit Behörden, Ärzten, Lehrern und Arbeitervertretern Rücksprache genommen. Wir haben zahlreiche Familien in ihren Wohnungen aufgesucht. Das Resultat war überall gleich: Elend und Not sind grenzenlos!

Angesichts der tieftraurigen Zustände, die wir angetroffen haben, muß man unwillkürlich fragen: Wie ist es möglich, daß in einem Lande unter einem Teile seiner Bewohner derartige Verhältnisse plakatieren konnten? Und doch muß man auch wieder sagen: Das sind nicht die Kriegsfolgen allein, diese Verhältnisse resultieren aus der weiter zurückliegenden Vergangenheit. Der Krieg mit seinen traurigen Begleiterscheinungen vollendete nur, was rückwärtslose Ausbeutung begonnen hatte.

Der äußerst geringe Verdienst der Vorkriegszeit brachte es mit sich, daß die Arbeiter des oberen Erzgebirges stets nur von der Hand in den Mund lebten. Es war ihnen unmöglich, sich auch nur einigermaßen ausreichend mit Kleidung, Schuhzeug, Leib- und Bettwäsche zu versehen. Es war schon immer nur das allernotwendigste vorhanden. Schon in Friedenszeiten hatte in den meisten Arbeiterfamilien jedes Familienmitglied höchstens zwei Hemden, Bettwäsche war nur soweit vorhanden, daß sie zum Waschen gerade gewechselt werden konnte. Aber man war doch in der Lage, die bis zum äußersten abgetragene und verbrauchte Wäsche zu erneuern. Da der armselige Boden die Bevölkerung noch nie ernähren konnte, die eingeführten Lebensmittel aber stets teuer waren (teuer im Vergleich zum Verdienst der Arbeiter), war dort oben in den Arbeiterwohnungen schon früher Schmalhans Küchenmeister. Man hungerte sich so rechtlich durch. Ein besonderes Merkmal des Erzgebirges sind noch die kinderreichen Arbeiterfamilien. In diesen Familien sieht es am traurigsten aus. Ersparnisse irgendwelcher Art zu machen, war unter den gegebenen Umständen nicht denkbar. Und so hatte die Bevölkerung bei Kriegsausbruch nichts zuzusehen, weder an Geld, noch an Kleidung und Wäsche. Schon immer mangelhaft genährt, sind die Arbeiterfamilien im oberen Erzgebirge den Folgen der gegenwärtigen Unterernährung widerstandlos preisgegeben.

Die sozialen Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung des Erzgebirges sind die denkbar ungünstigsten. Der Erzgebirgler, vor allem der Arbeiter, ist bodenständig. Er liebt seine Heimat und ist mit ihr verwachsen. Die Arbeiter des Erzgebirges in andere Bezirke des Reiches zu verpflanzen, ist unmöglich. Sie wurzeln viel zu fest in ihrem heimatlichen Boden, so daß ein solches Experiment niemals gelingen würde. Der erzgebirgische Arbeiter ist arbeitsam und fleißig. Aber trotz seines Wienenfleißes, der allseitig anerkannt und stets rühmend hervorgehoben wird, ist er selbst arm geblieben — bettelarm sogar; die Früchte seines Fleißes haben andere eingeheimst. Trotz seiner Armut war der Erzgebirgler immer zufrieden — zufrieden und bescheiden. Wenn er sich nur halbwegs sattessen konnte, so war ihm das schon genügend. Diese Eigenschaften zeichnen ihn noch heute aus; deshalb ist von seiner großen Not auch noch wenig in die Öffentlichkeit gedrungen. Der Erzgebirgler arbeitet und hungert und — schweigt; nein, er verhungert und schweigt

trotzdem. Und darum müssen wir seine Not und sein Elend hinausstreuen und zur Hilfe aufrufen.

Im oberen Erzgebirge hat man seit Mitte Oktober einen sehr strengen Winter. Schnee und Frost haben fast die ganze Ernte vernichtet. Noch heute steht teilweise der Roggen, in Büppeln zusammengestellt, auf den Feldern. Gaser und Flachs sind draußen, Kraut und Rüben und ein Drittel bis zur Hälfte der Kartoffeln sind in der Erde geblieben, konnten des frühen Winters wegen nicht eingebracht werden.

Die Heimarbeit ist im Erzgebirge noch verhältnismäßig weit verbreitet. Jedoch sind es in der Regel nur die Frauen und schulpflichtige Kinder, die Heimarbeit verrichten. Der Mann und die von der Schule entlassenen Kinder gehen in die Fabrik. Der Verdienst des Mannes reicht jedoch im Frieden schon nicht aus, um das nackte Leben zu fristen.

Von Mitte bis Ende Februar kosteten allein die rationierten Lebensmittel für eine vierköpfige Familie zuka 50 Mk. in der Woche. Gibt es dann noch Hülsenfrüchte, Gemüse, Serringe u. a. im freien Verkauf, so betragen die Kosten der Lebenshaltung 90—100 Mk. Außerdem ist von dem Verdienst zu entrichten für Wohnungsmiete je nach der Größe der Wohnung 10—30 Mk. monatlich.

Aus alledem ergibt sich, daß dem unzureichenden Einkommen eine geradezu großstädtische Teuerung gegenübersteht. Den Grad der Teuerung illustrieren am besten die entlichen Mittelungen der Stadt Annaberg über die Preise der Nahrungsmittel. Danach kosteten für eine vierköpfige Familie (Chepaar mit zwei Kindern) in den Wochen:

Table with 4 columns: Item, Price (Feb 15-21), Price (Feb 22-28), and Total. Rows include various food items like flour, potatoes, meat, and household goods.

Die zugekauften und die frei eingekauften Nahrungsmittel reichen jedoch bei weitem nicht aus; die Leute sind gezwungen, namentlich Brot und Kartoffeln im Schleichhandel zu Wucherpreisen zu kaufen. Dadurch wird den Arbeitern die Lebenshaltung ungemein verteuert. Und doch bedingt das

fett- und fleischlose Mittagessen einen erhöhten Konsum an Brot und Kartoffeln. Für diese Nahrungsmittel werden ganz phantastische Preise verlangt und gezahlt — auch von den Ärmsten der Armen. Die Folge davon ist wieder, daß man oftmals die Karten der wichtigsten Nahrungsmittel verfallen läßt oder verkauft.

Viele Familien sind also nicht in der Lage, sich alle rationierten Nahrungsmittel zu kaufen. Gerade die nährstoffreichsten, die allerdings auch die teuersten sind, wie Bohnen, Erbsen, Gaserflocken, Grieß, oftmals sogar Zucker, Fleisch und Fett können nicht gekauft werden. Das Mittagessen besteht in Kartoffeln mit Salz, oder Kartoffeluppe, Kohlrüben, Möhren oder Kraut, jedoch ohne Fett und Fleisch, nur in Salzwasser gekocht. Nur ganz selten gibt es mal Serring zu den Kartoffeln. Ein Serring muß für etwa 6 Personen reichen. Vielfach gibt es auch nur trockenes Brot und eine braune Brühe, Kaffee genannt. So lebt — nein, so hungert das Erzgebirge.

Andere notwendige Bedarfsartikel anzuschaffen, ist ganz unmöglich, selbst wenn die unerschwinglichen Preise der betreffenden Waren das nicht ohnehin verbieten würden. Kosten doch ein Paar Schuhe für neunjährige Kinder bis 125 Mk., für Erwachsene ein Paar Schuhe zu bescholen kostet 45 bis 50 Mk. Bettlischer stellen sich auf 250 Mk., Uebergüge auf 300 Mk. Und so wird das wenige, das an Kleidung und Wäsche vorhanden war, völlig abgerissen. An eine Ergänzung des Fehlenden ist nicht zu denken. Fatalistischer Gleichmut und gänzliche Hoffnungslosigkeit sind denn auch sehr häufig anzutreffen. Hat man sich doch bisher vergeblich gegen die völlige Verelendung gewehrt.

Aus dem Gebiete der schlesischen Textil-heimarbeiter.

(Feststellungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes.)

Ein Auftrag unseres Verbandsvorstandes führte mich in das Gebiet des Glazer und des Geiswälder-Gebirges in der Grafschaft Glatz in Schlesien. Ein Notizheft der dort noch vorhandenen Handweber über ihre verzweifelte Lage war der Anlaß dazu.

Erhebungen an Ort und Stelle über den Umfang und die Ursachen der Notlage sollten das Material liefern zur Beurteilung der Möglichkeit und Notwendigkeit einer besonderen Hilfeleistung für diese Armen.

Seit der Zeit vor ungefähr 25—30 Jahren, als die Not der schlesischen Handweber so viel von sich reden machte und staatliche Maßnahmen erwogen und zum Teil auch durchgeführt wurden, um die Lage dieser Textilarbeiter zu heben, als auch die öffentliche Mitleidigkeit zu diesem Zwecke aufgerufen wurde, hat sich zur Glorienzzeit und mußte nun von neuem festgestellt werden, daß es weder eine Möglichkeit gibt, noch auch, daß es nur wünschenswert ist, diese Hausindustrie zu galvanisieren oder zu erhalten. Trotz aller anerkannten Maßnahmen ist die Not dieselbe geblieben und ist vielleicht heute größer als je.

Daß dem so ist, ist allerdings vielleicht weniger den hierauf gerichteten Bestrebungen, als der völligen Unmöglichkeit, unter den vorhandenen Arbeitsbedingungen existieren zu können, zuzuschreiben. Bei der einfachen Art der in diesem Bezirk wie in ganz Schlesien in der Handwebererei hergestellten Waren ist es innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsweise ganz unmöglich, auf die Dauer mit der mechanischen Weberei konkurrieren zu können.

Die Mehrzahl dieser Waren wurden vor dem Kriege auf zwei von nur einem Weber oder einer Weberin bedienten Stühlen in der mechanischen Weberei hergestellt. Zum größten Teil auf schnelllaufenden Stühlen. Selbst jetzt, wo in Schlesien das Einstufsystem die Regel ist, kommen bei auskömmlichem Lohn der Handweber die Herstellungskosten teurer als beim mechanischen Webstuhl, ganz abgesehen davon, daß die Ware vom Handstuhl in bezug auf Affektation es mit der vom mechanischen Webstuhl nicht aufnehmen kann.

Allerdings soll nicht übersehen werden, daß zurzeit infolge der wahnwitzigen Preisgestaltung der Weblohn auf den Verkaufspris überhaupt keinen Einfluß mehr ausübt; wird doch für einen Meter Ware, der zurzeit einen ungefähren Preis von 30—40 Mk. im Großhandel hat, nur ein Weblohn von 40 Pf. einschließlich Spullohn gezahlt, also beträgt der Weblohn kaum 1 Proz. des Preises der Ware.

Diese Hausindustrie wird also zurunde gehen, was aber die Gesellschaft nicht der Pflicht enthebt, den noch vorhandenen Weibern auf irgendwelche Art eine menschenwürdige Fristung ihrer Existenz zu ermöglichen. Bereits vor dem Kriege war die Not eine große, sie wird und ist jetzt, in der Zeit der Teuerung, untröstlich.

Sich selbst zu helfen, ist diese Arbeiterschaft unfähig. Unterernährt, energielos, bedürfnislos, Ergebenheit in ihr Schicksal ist ihr Signum.

Es gibt im Regierungsbezirk Glatz, wie wohl in ganz Schlesien, keine typischen Handweberdörfer mehr; die noch vorhandenen Weber verteilen sich auf viele Dörfer Schlesiens.

Ueber die Zahl der noch vorhandenen Weber geben Aufschluß folgende aus von Herrn Legemeister Uhde in Glatz freundlichst gemachten Angaben. Nach diesen waren vorhanden und beschäftigt in den Kreisen:

Table with 4 columns: Kreis, Vorhandene Weber, davon beschäftigt am 18. 10. 19, and am 10. 2. 20. Rows list various districts like Glatz, Sabelschwerdt, Neutrode, Waldenburg, etc.

Mit Kollegen Lang aus Langenbielau besuchte ich eine Reihe Weber und Weberinnen in den Dörfern Bräselow, Schlawen, Tischerhagen, Straußen, Kreinerz, Goldbach, Noms, Friedersdorf im Bezirk Glatz und Schönfeld im Bezirk Sabelschwerdt in ihren Wohnungen, außerdem waren die Weber selbst jeweils für den Abend zu Zusammenkünften eingeladen,

zu denen sie auch zahlreich erschienen waren, und die uns Gelegenheit gaben, das Gesehene durch Befragen der Nicht-Belebten zu ergänzen.

Von diesen Handwebern werden in der Hauptsache leinene, halbleinene und baumwollene Stoffe hergestellt, die zur Herstellung von Hemden, Bettwäsche, Taschentüchern, Handtüchern und so weiter Verwendung finden. Der Lohn wird pro Stück gezahlt. Ueber die wirkliche Länge der fertigen Ware haben die Weber keine Kontrolle. Bei keinem Weber fanden wir eine Meßvorrichtung, wie sie in anderen Handwebergegenden fast überall zu finden sind. Klagen über Minderbezahlung der Weber kamen uns deshalb des öfteren zu Ohren, deren Berechtigung aber von den befragten Unternehmern bestritten wurde.

Ueber die Aufwärtsbewegung des Lohnes in den letzten Jahren gibt am besten folgende Tabelle Aufschluß:

Table with 4 columns: Weblohn für Ware, 1915, 1918, ab 1. 7. 19, and ab 1. 1. 20. Rows A, B, C, D show different wage levels.

Nach amtlichen Angaben kann bei den ab 1. Januar 1920 geltenden Lohnsätzen ein vollwertiger Weber bei guter Arbeit und voller Beschäftigung in der Woche 40 Mk. verdienen. Wir fanden bei unseren Besuchen keinen und in den Versammlungen einen einzigen Weber, der sich rühmte, manchmal noch darüber zu verdienen. Dabei sind aber immer eingerechnet der Lohn für das Spulen, das in allen Fällen von den Familienangehörigen ausgeführt wird, die Unkosten für Heizung und Beleuchtung, der Arbeitsraum, der sich in allen Fällen mit Küche, Wohnzimmer und Schlafstube deckt. Es gibt keinen Weber, der einen besonderen Arbeitsraum hätte, wie wir auch keinen gefunden haben, bei dem nicht der Arbeitsraum zugleich Schlafzimmer und Küche gewesen wäre.

Im Wirklichkeit wird aber nun dieser Lohn ganz selten erreicht. Man darf annehmen, daß bei voller Beschäftigung ein Durchschnittsverdienst von 25—30 Mk. erzielt wird, soweit es sich um vollwertige Weber handelt. Hierzu nur wenige Beispiele:

Der Weber S., in einem Dorf nahe der tschechischen Grenze, als der beste Weber im Dorf bekannt, ist 50 Jahre alt und verhältnismäßig rüstig, arbeitet Leinewebe, 15 Faden pro Zentimeter, 135 Zentimeter breit, erhält für ein Stück von angeblich 40 Meter fertiger Ware (48 Meter Kettenlänge) den Lohn von 24,85 Mk., also pro Meter 61 1/2 Pf. einschließlich Spullohn, der mit etwa 3,50 Mk. eingekauft werden kann. Wenn es gut geht, wird 1 Meter pro Stunde fertig. Das Material ist schlecht und unrein, so daß man annehmen darf, diese Arbeit ist für den mechanischen Stuhl nicht geeignet. Für diese Arbeit gab es vor dem Kriege 5 Mk. pro Stück. Der angegebene Lohn von 24,85 Mk. gilt seit Januar dieses Jahres. Dieser Weber hat eine Zeitlang mit seiner Frau abwechselnd von früh 4 Uhr bis Mitternacht gearbeitet. Das halten sie aber nun nicht mehr aus. Sie bringen jetzt gemeinsam höchstens 60 Meter wöchentlich fertig, was einen gemeinsamen Verdienst von etwa 36 Mk. ergibt. Davon leben sie mit einem 15jährigen Sohn, der noch nicht in einer Fabrik ankommen kann, weil niemand eingestuft wird. Der Verdienst reicht nicht aus, um die rationierten Lebensmittel kaufen zu können. Sie haben aber eine Pflanzung und 1/2 Sekkar Grundbesitz, wovon sie wenigstens Milch und Kartoffeln bekommen. Erbsen, Bohnen, Fleisch usw., das ihnen auf Karten zusteht, können sie nicht kaufen. Aus der Krankenkasse ist der Mann ausgeschieden, weil er die Beiträge nicht erwirgen kann. Eine Zeitung können sie nicht bezahlen. Vater und Sohn tragen dieselben Schuhe. Wäsche ist fast gar nicht vorhanden; den vor 26 Jahren gekauften Bräutigamsanzug trägt der Vater jetzt noch festtags. Seit 10 Jahren hat er überhaupt kein Kleidungsstück kaufen können, ebensowenig für die Frau. Die Hütte ist sein Eigentum. Er zahlt jährlich 6 Mk. Steuern.

Der Weber F., 56 Jahre alt, haust mit seiner Schwester in einer Hütte, auf der er zu seinem Schmerz noch 50 Mk. Schulden hat. Es regnet in die Stube und den Gussflur; er hat aber kein Geld zum Ausbessern. Arbeiten kann er nur bei Tageslicht (im März), da er kein Geld hat, um Petroleum kaufen zu können. Für ein Stück Baumwollflanell, 48 Meter lang, 1 Meter breit, das er in 7 Tagen fertig zu bringen hofft, erhält er einen Arbeitslohn von 13—14 Mk., einschließlich Spullohn. Sie können sich nicht erinnern, wann sie das letzte Fleisch gegessen haben und leben von Kartoffeln, Rüben, Brot und Salz. Sie klagen, daß sie vor dem Krieg bei 3—4 Mk. Wochenverdienst besser ausgekommen seien, als jetzt bei dem „großen Lohn“. Auf einem zweiten Stuhl erhält die Schwester zeitweise Handtücher zu weben, wofür sie jetzt 17 Mk. pro 60 Stück erhält. Sie kann in einem halben Tag 2—3 Stück weben, also rund 50—60 Pf. verdienen. Sie wohnen, kochen, schlafen und arbeiten selbstverständlich in nur einem Raum. Steuern zahlen sie 2 Mk. vierteljährlich. Die letzten Kleidungsstücke haben sie nach ihrer Erinnerung im Jahre 1898 eingekauft. Für die Zeit, wo sie keine Arbeit haben, bekommen sie keine Arbeitslosenunterstützung, denn diese „sei doch abgekauft“.

Gegen die Ausbeutung der Heimarbeiter.

Die niedrigen Löhne, die in der Heimindustrie gezahlt werden, sind die Ursache für all das Elend und seine Nebenerscheinungen, unter welchen die Heimarbeiter in den überwiegendsten Teilen noch heute zu leiden haben. Es ist zwar eine Revolution an uns vorübergegangen; die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse haben gewaltige Veränderungen erfahren, das Elend der Heimarbeiter jedoch ist nicht nur das gleiche geblieben, sondern es hat sich in den verschiedensten Industrien und Landesteilen noch bedeutend verschärft. Die Revolution hat vielen alten Moderdunst beiseite getrieben, der das politische Leben mit einer Fäulnis umgab, jedoch der wirtschaftliche Moder ist größtenteils geblieben, darunter der schlimmste: die Heimarbeit. Infolge der Umwertung aller Gebrauchsgüter mußten die Löhne für alle Arbeiter bedeutend erhöht werden; die Heimarbeiter dagegen wissen nur, daß die Preise für alle Gebrauchsgüter um das 20-, 30-, 40- und Mehrfache gestiegen sind, dagegen ihr Lohn genau noch so niedrig geblieben ist wie ehedem. Die Bestrebungen, für die Heimarbeiter bestimmte Lohnsätze festzusetzen, glückte bisher nur in einzelnen Bezirken; in den meisten Bezirken scheiterte dies an dem Widerstand der Unternehmer. Die Heimarbeiter arbeiten deshalb nach wie vor zu dem Lohne, den ihnen der Unternehmer oder der Faktor freiwillig gibt, und das ist in

der Regel so blutwenig wie vor dem Kriege. Daß die Lohnverhältnisse für die Heimarbeiter so traurig sind, liegt daran, daß alle Voraussetzungen zur Selbsthilfe, um auf die Gestaltung der Lohnbedingungen auch nur in der bestmöglichen Form einzuwirken, fehlen. Die Eingliederung der Heimarbeiter in die Berufsorganisationen steht bisher auf erheblichen Schwierigkeiten. Die Heimarbeiter sind dem Organisationsgedanken schwerer zugänglich als die in den Fabriken beschäftigten Arbeiter, denen jeden Tag aufs neue, durch das Zusammenarbeiten selbst, der Wert des solidarischen Zusammenhaltens in den verschiedensten Formen vordemonstriert wird. Ferner bilden die niedrigen Löhne selbst ein Hindernis für den Anschluß an die Berufsorganisation, weil der zu leistende wöchentliche Beitrag ihnen als ein zu hohes Opfer erscheint. Unser Verbandstag in Dresden war deshalb gezwungen, eine besondere Beitragsklasse für die Heimarbeiter festzulegen, damit der Beitritt der Heimarbeiter zu unserer Organisation unter Berücksichtigung der Lohnverhältnisse möglich werde.

Für alle Arbeiterkategorien, mit Ausnahme der Heimarbeiter, sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt. Für die schlechtlohnenden Heimarbeiter, mit wenigen Ausnahmen, konnten tarifliche Vereinbarungen über die Lohnverhältnisse nicht erzielt werden. Die Heimarbeiter waren dem Unternehmertum gegenüber vollkommen hilflos; die Unternehmer konnten bisher fast jede Regelung, die auf eine tarifliche Vereinbarung über die Lohnverhältnisse abzielte, mit vollem Erfolg abweisen. Die Unternehmer sind auf Grund ihrer wirtschaftlichen Stellung gegenüber dem Heimarbeiter in einer außerordentlich starken Position. Deshalb machten sich die Bestrebungen immer stärker bemerkbar, dem Heimarbeiter von außen Hilfe zu bringen, und zwar durch die Gesetzgebung. Der gesetzliche Schutz der Heimarbeiter jedoch versagte immer dort, wo er Hilfe bringen sollte. Die zum Schutz der Heimarbeiter geschaffenen Gesetze (Hausarbeitsgesetz) haben in keiner Weise das von der Arbeiterkategorie und den bürgerlichen Sozialreformern gewünschte Ergebnis gebracht. Wo die Selbsthilfe nicht möglich ist, versagt auch die Gesetzgebung.

Während des Krieges wurden für bestimmte Teile der Heimarbeiter die Lohnsätze festgelegt. Es betraf dies in der Regel diejenigen Teile der Heimindustrie, die für die Kriegswirtschaft arbeiteten, so die Korbmacher und einige Teile der Handweber, die direkt vom Staat ihre Aufträge erhielten. Für den größten Teil der Heimarbeiter aber blieben die unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse bestehen. Nach Beendigung des Krieges bekam die Sache immerhin ein anderes Gesicht. Bei der Festlegung von Tarifverträgen für alle Industriezweige ist es nicht gut möglich, die Heimarbeiter auch weiterhin konsequent von den Tarifabmachungen auszuschließen. Der Ausschluß der Heimarbeiter aus den Tarifverträgen würde für viele Zweige der Textilindustrie die Wirkung des Tarifvertrages in hohem Maße zu Ungunsten der Arbeiterschaft beeinflussen. Die Festlegung der Lohnbedingungen für die Heimarbeiter in den Tarifverträgen ist für die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter deshalb von größter Wichtigkeit. Da die Heimarbeiter vielfach die gleiche Arbeit unter gleichen Bedingungen leisten, steht dem Tarifabschluß für die Heimarbeiter nur das Profitinteresse der Unternehmer entgegen. Da die niedrigen Löhne der Heimarbeiter auch ihre ungünstige Wirkung auf die Lohnverhältnisse der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter ausüben, muß mit allem Nachdruck dafür gesorgt werden, daß der Widerstand der Unternehmer, die Löhne der Heimarbeiter einer tariflichen Regelung zu unterwerfen, gebrochen wird. Wo die Heimarbeiter auf Grund der oben geschilderten Verhältnisse zu schwach sind, den Widerstand der Unternehmer selbst zu brechen, muß dies mit Hilfe der in den Betrieben beschäftigten Arbeiterschaft geschehen, da dies im eminenten Interesse der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter liegt.

In der Plauener Spitzen-, Konfektions- und Stickerindustrie sind ebenfalls seit längerer Zeit Bestrebungen im Gange, die Heimarbeiter in den allgemeinen Tarifvertrag mit einzubeziehen. Die Unternehmer widerstehen sich dem mit allen Mitteln. Die Gründe, die die Unternehmer für ihre Weigerung ins Feld führen, sind lediglich Scheingründe; ihre wahre Absicht ist, durch die Nichtregelung der Löhne für die Heimarbeiter den Tarifvertrag für die in den Fabriken beschäftigten Arbeiter indirekt zu durchbrechen und illusorisch zu machen. Die Arbeit, die bisher in den Betrieben hergestellt wurde, wandert in die Heimindustrie, in welcher sie für einen erbärmlichen Schindlohn fertiggestellt wird. Das Meer der Heimarbeiter wird durch diese Manipulation der Unternehmer gewaltig vermehrt und die deutsche Volkswirtschaft unendlich geschädigt, indem die Schäden der Heimindustrie statt verringert vergrößert werden.

Schon während des Krieges haben die Unternehmer der Spitzen-, Konfektions- und Stickerindustrie die Löhne in geradezu verbrecherischer Weise geführt, ohne daß ein anderer Grund als der des Profitmachens dafür seitens der Unternehmer hätte ins Feld geführt werden können. Die Arbeitgeber haben dann die so schlecht entlohnenden Arbeiter auf die Erwerbslosenfürsorge für die Textilindustrie verwiesen, die aus Reichs- und Staatsmitteln bestritten worden ist. Heute verweist man sie auf die Erwerbslosenunterstützung, durch welche dann der Minderverdienst durch die Unterstützung ausgeglichen wird. Da ferner noch die Arbeitszeit in der Heimindustrie länger als 8 Stunden pro Tag ist und die Heimarbeit aber auch noch vielfach nach Orten mit einer zurückgebliebenen Arbeiterschaft gebracht wird, so wird in dem Stickergebiet selbst die Arbeitslosigkeit sich bedenklich gestalten.

Die Arbeiterschaft hat aus diesem Grunde den Abschluß eines Tarifvertrages ohne Einbeziehung der Heimarbeiter abgelehnt und hat den Schlichtungsausschuß in Plauen um Vermittlung angerufen. Der Schlichtungsausschuß in Plauen stellte sich auf den Standpunkt der Arbeiterschaft und fällt einen für die Arbeiterschaft günstigen Schiedsspruch. Die Unternehmer haben den Schiedsspruch nicht anerkannt. Mittlerweile hat auch der Demobilisierungskommissar den Schiedsspruch für rechtsverbindlich erklärt. Von den Unternehmern fehlt jedoch bis zur Stunde die Erklärung, ob sie nunmehr den Tarifabschluß mit Einbeziehung der Heimarbeiter bestätigen. Der Grund für die Ablehnung eines Tarifvertrages mit Einschluß der Heimarbeiter durch die Unternehmer ist angeblich der, daß die Heimarbeiter nicht außerhalb ihrer Berufsorganisation angehören sollten. Einen Beweis für diese Behauptung können die Unternehmer nicht erbringen. Es ist lediglich eine Nebenart, hinter

welcher sich der wahre Grund, den ohne Einbeziehung der Heimarbeiter abgeschlossenen Tarifvertrag illusorisch zu machen, verbirgt.

Die Zeichen weisen hin auf Kampf. Sollte in den nächsten Tagen bei den Unternehmern nicht die Einsicht Platz greifen, dann ist der Kampf unvermeidlich.

So wie die Dinge im Bezirk Plauen liegen, so sind sie auch anderwärts. Es wird uns aus Pulsnitz berichtet:

Die schlechten Löhne, die übermäßig lange Arbeitszeit und die damit verbundene Kinderarbeit in dieser Industrie zwingen uns, endlich einmal andere Zustände zu schaffen. Bei der Schaffung eines neuen Lohnsatzes am 1. Oktober 1919 wurden von der organisierten Arbeiterschaft entsprechende Forderungen aufgestellt, aber man versuchte von Seiten der Unternehmer, die Angelegenheit abzulehnen, um durch eine paritätische Kommission Richtlinien über die Lohn- und Arbeitsbedingungen festzusetzen, und dann sollte die tarifliche Regelung zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisation stattfinden. Es wurden nun von der organisierten Arbeiterschaft 4 Kollegen in diese Kommission gewählt und dem Verbandfabrikantenverbände hiervon Mitteilung gemacht. Wer nun geglaubt hatte, daß die gewählte Kommission alsbald in Tätigkeit treten würde, der hatte sich geirrt. Wir bekamen von dem Verbandfabrikantenverbände die Mitteilung, daß nur zwei der von uns gewählten Kommissionsmitglieder anerkannt würden, die anderen beiden aber abgelehnt werden müßten. Als Begründung wurde angeführt, daß ein der Kommissionsmitglieder in der Fabrik arbeite und das andere während der Kriegszeit einmal unter Umgehung der Verbandfabrikanten direkt an einen Grossisten geliefert habe. Also zwei Personen, die die Verhältnisse zwischen Fabrik- und Hausweber und den Verdienst beim Verkauf der Waren an die Großabnehmer sehr gut kannten, mußten ausgeschaltet werden. Ja, diese Herren gingen noch weiter und maßten sich an, nicht nur 8 Arbeitgeber zu entenden, sondern sie wollten auch noch 4 Arbeiter durch ihre Organisation vorschlagen, so daß der Verbandfabrikantenverband 8 Arbeitgeber und 4 Arbeiter, der Textilarbeiterverband gänzlich 4 Arbeiter in diese Kommission senden durfte. Eine solche Behandlung konnten wir uns nicht gefallen lassen, und wir haben deshalb auf diese Kommissionsberatung verzichtet und selbst einen Tarifentwurf ausgearbeitet. Dieser Entwurf wurde nun an den Verband sächsischer Textilindustrieller eingereicht. Gleichzeitig aber auch dem sächsischen Verbandfabrikantenverband einige Exemplare zugesandt. Am 6. März erhielten wir nun die Mitteilung, daß der Verbandfabrikantenverband es ablehne, mit dem Textilarbeiterverband einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Verbandfabrikantenverband werde durch seine Kommission die Lohnsätze allein regeln. Als Begründung wurde angeführt: Es sei noch ein größerer Teil der Verbandfabrikanten nicht im Verband sächsischer Textilindustrieller, und außerdem sei bestimmt anzunehmen, daß der größte Teil der Hausweber nicht organisiert sei. Im April 1919 war es allerdings ganz anders, damals wurde uns mitgeteilt, daß der Tarif durch den Verband sächsischer Textilindustrieller abgeschlossen werden müsse, da einige Verbandfabrikanten diesem Verbands angehören. Die Einwände der Unternehmer sind lediglich als Redensarten zu bewerten, die sie gebrauchen, um sich vor Lohnabmachungen mit der Arbeiterschaft drücken zu können. Die Arbeiterschaft wird sich allerdings mit einer solchen Lösung nicht einverstanden erklären. Die Arbeiterschaft in den Verbandfabriken wird mit den Hauswebern nunmehr gemeinsam handeln. Für die Hausweber aber ist es nun erst recht notwendig, ihre Organisation noch weiter zu stärken, damit sie dem Unternehmertum geschlossen entgegen treten können.

Also auch hier versuchen die Unternehmer, sich vor einer Lohnregelung mit der Arbeiterschaft zu drücken. Wenn sie von einer Regelung der Löhne trotzdem reden, so meinen sie damit nur eine Regelung, die sie allein, ohne Mitwirkung der Arbeiterschaft, treffen wollen. Eine solche Lohnregelung entspricht dann sicher den Verhältnissen, wie sie heute sind und wie sie vordem in der Hausindustrie bestanden haben. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft endlich dem Ausbeutertum mit aller Entschiedenheit zeigt, daß sie nicht mehr willens ist, sich zu einem willfährigen Ausbeutungsobjekt herabdrücken zu lassen. Deshalb auf zum Kampf gegen die Ausbeutung der Heimarbeiter!

Aus der Textilindustrie.

Achtung! Streikvergütung. Die nordostdeutsche Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie hat beschlossen, sechs Arbeitstage zu entschädigen (Tariflohn plus Feuerungszulagen). (Siehe auch „Obenmit“, B. a. F.)

Streik in Dresden. Die Arbeiter folgender Dresdener Tapissierfirmen: S. Kirchstein, Hartmann u. Saam, Dresdener Tapissierfabrik und Heine u. Co. traten wegen Nichtbewilligung der von der Arbeitsgemeinschaft der Textilindustrie festgesetzten Feuerungszulagen in den Streik. Bis auf die Firma S. Kirchstein haben die anderen Firmen vom 15. Februar bis 31. März eine Feuerungszulage von 25 Proz. bewilligt, ferner haben sich die Unternehmer verpflichtet, vom 1. April die geforderten Sätze der Arbeitsgemeinschaft zu zahlen. Auf Grund dieser Zugeständnisse erklärte sich die Arbeiterschaft der drei letztgenannten Firmen bereit, die Arbeit am Montag, den 15. März, wieder aufzunehmen. Die Arbeiterschaft der Firma S. Kirchstein verharret weiter im Streik, da Herr Kirchstein noch keine weiteren Zugeständnisse gemacht und sich jeder Verhandlung mit dem Textilarbeiterverband entzieht. Die Streikenden richten an alle Kolleginnen und Kollegen die dringende Bitte, Zugang fernzuarhalten. — Leider muß gemeldet werden, daß einige kaufmännische Angestellte, darunter auch solche, welche dem Zentralhandlungsgehilfenverband angehören, Streikarbeit verrichten.

Wo die Textilwaren sind. Zu diesem Kapitel schrieb man: Die Angaben der „L. B.“ werden als übertrieben hingestellt. Dazu muß bemerkt werden, daß die Zahlenangabe vom 4. März der „L. B.“ viel zu niedrig ist. Nicht aufgeführt sind zirka 20 000 neue sogenannte Khasihosen; ferner zirka 40 000 neue Hemden und ebensoviel neue Unterhosen, 1000 Stück neue Steppdecken, 2000 Stück gebrauchte Steppdecken, 10 000 gebrauchte und ebensoviel neue Riblanzüge, außerdem noch eine Menge Koppen und Militärröcke. Sogar Taschentücher sind vorhanden und zirka 30 000 Handtücher. Es ist geschrieben worden, daß täglich große Posten an Kommunalverbände abgehen. Dazu muß betont werden, daß in der Zeit vom 6. Fe-

bruar bis 27. Februar zirka 60 Waggons angekommen und nur 3 Waggons abgegangen sind. Allerdings sind in dieser Zeit auch Waren in Ballen verpackt abgegangen, aber wohl schätzungsweise nicht mehr als höchstens 2 Waggons. Bemerkenswert ist ja auch, daß die Lagerräume nicht mehr ausreichen. Die Textil N. G. mußte einen Raum nach dem andern von der Direktion des Leihhauses hinzumieten, um diese Warenmassen unterzubringen! Ferner hat diese Textil N. G. auch noch in anderen Städten ähnliche Lager. Besonders hervorgehoben muß werden, daß bei einer Streitigkeit zwischen dem Chef des Leipziger Lagers und der Arbeiterschaft dieser Chef äußerte: Er werde nach Berlin fahren und veranlassen, daß der Betrieb geschlossen werde. Nach dieser Äußerung sieht es fast so aus, als ob das Lager bis zu einem beliebigen Zeitpunkt geschlossen werden könnte. Was sagt die Regierung zu alledem?

Aus Handel und Industrie.

Messechau des Antiquitäten- und Kunsthandels.

Der zweiten Frankfurter Internationalen Messe vom 2. bis 11. Mai wird wiederum eine Messechau des deutschen Antiquitäten- und Kunsthandels angegliedert sein. Erfreulicherweise wird diese Abteilung diesmal in Räumen untergebracht sein, wie man sie sich reizvoller und geeigneter für diese Zwecke nicht denken kann. Die Stadtverwaltung hat sich nämlich bereit erklärt, für die Zeit der Messe die großen Festräume im Römer und die Römerhallen für die Ausstellung des deutschen Antiquitäten- und Kunsthandels freizumachen. Anfragen wegen Beschickung usw. sind an den Ausschuß des deutschen Antiquitäten- und Kunsthandels beim Messamt Frankfurt a. M. (Römer, Rathaus) zu richten.

Betriebsrätliches.

Das Betriebsrätegesetz in Bayern.

Das Ministerium für soziale Fürsorge veröffentlichte im Einvernehmen mit den übrigen Ministerien Vollzugsvorschriften zum Betriebsrätegesetz. Danach müssen die ersten Wahlen bis zum 22. März eingeleitet werden. Besonders hingewiesen wird darauf, daß mit dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes alle bayerischen Verordnungen über Betriebsräte und Betriebsobmänner aufgehoben sind.

Die Gemeindeglieder zu den Betriebsräteahlen.

Eine vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einberufene Versammlung der Funktionäre der Ortsgruppe Groß-Berlin stellte folgende Richtlinien für die Wahlen auf: Einheitsfront aller Verbandskollegen ohne Rücksicht auf den Nützlichkeitsstreit. Gemeinsame paritätische Aufstellung freigewerkschaftlicher Listen. Verständigung mit den übrigen freien Gewerkschaften. Kampf gegen alle blauen und gelben Verbände.

Frauen in den Betriebsräten.

Im Interesse des Schutzes der weiblichen Arbeitskraft ist es Pflicht der Arbeiterinnen, das Betriebsrätegesetz auch in ihrem Interesse auszunutzen, sich bekannntzumachen mit den Rechten, die ihnen das Gesetz gibt. Vor allen Dingen muß natürlich die Arbeiterschutzgesetzgebung, insbesondere für die Frauen, durch die gesetzgebenden Körperschaften ausgebaut und erweitert werden. Das bedeutet eine Erweiterung der Gewerbeinspektion. Ihre Unterstützung soll in die Hand der Betriebsräte gelegt werden. Sie haben die Unfall- und Gesundheitsgefahren zu bekämpfen, die Gewerbeaufsicht zu unterstützen und bei der Verwaltung der Betriebswohlfahrts-einrichtungen mitzuwirken. Nach Art. 165 der Reichsverfassung haben die Betriebsarbeiterräte die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten wahrzunehmen. Hier ist die Mitarbeit der Frauen in Frauenarbeitsfragen dringend erwünscht. Sie sind beteiligt an der Verwaltung der Wohlfahrts-einrichtungen der Betriebe, also z. B. Pensionskassen, Werkwohnungen, Speisungen, Stillstuben, Krippen usw. Sie haben für eine wirkliche Bekämpfung der Gesundheits- und Unfallgefahren im Betriebe, für Schutzvorrichtungen an den Maschinen, geeignete Arbeitskleidung, besonders bei den Frauen, zu sorgen. Zu diesem Zwecke muß der Betriebsrat die Gewerbeaufsichtsbeamten durch Anregung, Beratung und Auskunft unterstützen. Sollen Frauen wirksam mitarbeiten in den Betriebsräten, so ist natürlich die genaueste Kenntnis des Betriebsrätegesetzes erforderlich, wenn der große soziale und wirtschaftliche Fortschritt, den seine Einführung bringt, bewertet werden soll. Die Frauen, die sich in die Betriebsräte wählen lassen, wären in Unterrichtskursen über die Anforderungen, die an sie gestellt werden müssen, zu unterrichten. Von ihnen selbst wird es abhängen, ob sie durch die Fabrikarbeit gesund und leistungsfähig bleiben können, denn sie können mitbestimmen über die Arbeitszeit und Arbeitsart wie über die Wirtschaftsweise des Betriebs. Das Betriebsrätegesetz verlangt selbständige Persönlichkeiten. Gerade die Arbeiterinnen haben sich lange Zeit die — das soll nicht verkannt werden — gutgemeinte Bevormundung der bürgerlichen Frauen gefallen lassen, aber gerade durch die Arbeit soll ja der Mensch zur Persönlichkeit werden, die über sich und ihr Schicksal zu bestimmen hat. Alles was mit Wohltätigkeit zusammenhängt, soll nach und nach im Volksstaat aufhören. An deren Stelle soll eine gut durchgeführte Wohlfahrtspflege treten, denn jeder einzelne hat die Möglichkeit, mitzuwirken an der Verbesserung der Lebensbedingungen des ganzen Volkes. Darum können wir den Arbeiterinnen nicht warm genug ans Herz legen, die Rechte und Pflichten aller neuen gesetzlichen Bestimmungen, die unter Mitarbeit der Frauen zustande kommen, auszuüben. Insbesondere das Betriebsrätegesetz bietet den Frauen ein neues dankbares Feld der Tätigkeit für sich selbst und für die Gesamtheit des ganzen Volkes. („Vorwärts“)

Was versteht man unter Einleitung der Wahl?

Den Beginn der Wahlvorbereitungen. Sie müssen bis zum 23. März beendet sein, die Wahlen selbst bis zum 12. April.

Wahlberechtigung und Wählbarkeit.

Wahlberechtigt für die Wahlen zu den Betriebsräten sind alle männlichen und weiblichen mindestens achtzehn Jahre alten Arbeitnehmer (auch Lehrlinge), die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Wählbar sind alle mindestens vierundzwanzig Jahre alten Wahlberechtigten, die nicht

mehr in Berufsausbildung sind und am Wahltag mindestens sechs Monate dem Betrieb oder dem Unternehmen sowie mindestens drei Jahre dem Gewerbebezirk oder dem Berufsbezirk angehören, in dem sie tätig sind. (Ausnahmen: §§ 21, 22 des Gesetzes.)

Vermischtes.

Was ist nun wahr?

Immer wieder tauchen Nachrichten auf, wir ständen vor einer Welt hungersnot, da es gegenwärtig nicht möglich sei, die für alle Menschen erforderlichen Lebensmittel zu erzeugen. Dagegen hat kürzlich ein John C. Proctor, ein führender Getreidehändler in Liverpool, in den "Times" festgestellt, daß nach mäßigen Schätzungen am 31. Juli 1920 in den Getreide produzierenden Ländern Amerikas ein Weizenüberschuß von 90 Millionen Quarters (ein Quarter etwa gleich einem Viertelzentner) vorhanden sein würde. Infolge des Preises und des Valutastandes würde Europa aber nur 60 Millionen Quarters kaufen können. Der Rest muß vernichtet werden. Eine Schätzung von Sir James Wilson, dem britischen Delegierten bei dem Internationalen landwirtschaftlichen Institut in Rom, besagt sogar, daß 43 Millionen Quarters Weizen unbenutzbar sein würden.

Man hungert also in Europa, und besonders in den mitteleuropäischen Ländern, während in Amerika die Brotfrucht der Vernichtung anheimfällt.

Berichte aus Fachkreisen.

Berger Damm. Am Donnerstag, den 11. März, wurde die Monatsversammlung, die sehr gut besucht war, abgehalten. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden Grunow erteilte er das Wort Kollegen Karl Vogt-Berlin. Dieser hielt einen sehr schönen für alle verständlichen Vortrag über das Betriebsratsgesetz, welches für Vogt mit großem Beifall endete. Auch referierte Vogt über Erhöhung der Wochenbezüge, die ohne Widerspruch angenommen wurde. Nachdem noch auf bevorstehende Kämpfe hingewiesen, die Kollegen und Kolleginnen zum einmütigen Zusammenhalten ermahnt worden waren, schloß nach dreißigminütiger Dauer der Vorsitzende die Versammlung.

Chemnitz. Die für Chemnitz und Vororte im Frage kommenden Gruppen des Verbandes von Arbeitgebern der Sächsischen Textilindustrie haben mit der Ortsverwaltung Chemnitz des Deutschen Textilarbeiterverbandes, also auf dem Boden der Arbeitgemeinschaft, über den Wunsch der Textilarbeiterschaft verhandelt, für die durch den Streik ausgefallenen Tage Lohn zu erhalten. Der Arbeitgeberverband hat hierbei an keinem grundsätzlichen Standpunkt festgehalten, daß Streittage nicht bezahlt werden können. Weidert aber ausgehend von der Meinung, daß ein Weg gefunden werden muß, den Arbeitern über die schwierige wirtschaftliche Lage hinwegzuhelfen, haben die Vertreter der bezeichneten Gruppen des Arbeitgeberverbandes und die Ortsverwaltung Chemnitz des Deutschen Textilarbeiterverbandes im vorliegenden Falle vereinbart, daß den Arbeitern und Arbeiterinnen für die ausgefallene Zeit besondere Vergütungen in Höhe der tariflichen Zeitlohnsätze zugunsten der Feuerungszuschläge gezahlt werden. Dabei war Voraussetzung, daß unverzüglich die Arbeit wieder aufgenommen würde.

Greiffenberg i. Schl. Es waren hier von der Reichsbekleidungsstelle dem hiesigen Magistrat Männeranzüge für minderbemittelte Leute zur Verfügung gestellt worden, was durch Bekanntmachung in den zwei hiesigen Lokalblättern verkündet wurde. Es war daher große Freude unter der Arbeiterschaft. Und mit Recht, denn wer braucht heute nicht einen billigen Anzug, da die hohen Preise von einem Arbeiter kaum jemals aufgebracht werden können. Als Verkaufstag war der 5. März bestimmt. Verkaufsstellen bei einem Schneidermeister und in einem Schnittwarengeschäft. Am 5. März früh gingen viele in Trüpp und einzeln zum Rathaus, um sich einen Bezugschein ausstellen zu lassen, um dann sich einen Anzug kaufen zu können. Der Andrang war so groß, daß die Herren im Rathaus mit dem Luststellen nicht fertig wurden und es wurde den versammelten Leuten bemerkt, daß sie ohne Bezugschein hingehen und sich die Sachen vorher einmal ansehen sollten, denn kaufen würden sie doch nichts. Das war ein kalter Strahl auf die Vereinerung und ein Mann bemerkte dazu: „Aha, da ist wohl das Beste schon weg?“ Als kurz nach 8 Uhr einige zur Verkaufsstelle kamen, war ein großes Plakat an der Tür angebracht vom Tag zuvor: Morgen ist Verkaufstag. Als man in den Verkaufsraum kam, war alles ausverkauft bis auf einige unbrauchbare Stücke, von denen selbst ein Nachmann sagte, er bräute von allem zusammen keine brauchbare Jungenhose zu fassen. Also alles Brauchbare verkauft vor dem bekanntgemachten Verkaufstage! Und wer waren die Käufer? Einige von den Stadtverordneten, städtische Beamte, Mühlenbesitzer und sogar ein „minderbemittelter“ Herr, der sich das Dienstmädchen mitbrachte, um das Paket nicht selber nach Hause tragen zu müssen. Also diese Herrschaften sind in Greiffenberg die unbemittelten Einwohner! Ein Herr soll gesagt haben, die Anzüge wären für alle gewesen. Nun, warum lautete die Bekanntmachung: „Für Minderbemittelte“ und was hatten die Herren für ein Recht, auszukäufen vor dem bekanntgemachten Verkaufstage? Die hatten auch in dem Falle zu warten. Aber für alle hätte es nicht gereicht und deshalb haben sie das Rätsel auf diese Weise gelöst.

Offenburg (Baden). Am 15. Februar fand unsere erste Generalversammlung im Gasthaus zur Wiebe“ statt. Kollege Jakob Kaffian eröffnete die Versammlung und gab in sachlichen Ausführungen einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Es konnte erfreulicherweise mitgeteilt werden, daß unsere Ortsverwaltung von 80 im Anfang auf 345 Mitglieder gestiegen ist. Den Kassenbericht erstattete Kollege Alfred Weber, welcher zur allgemeinen Befriedigung ausfiel; es wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Es fanden dann die Vorstandswahlen statt.

Seidenberg O.-L. Am 11. März fand unsere Monatsversammlung in „Stadt Götlich“ statt. Die Tagesordnung war so reichhaltig, daß einige Punkte zurückgestellt wurden. Kollege Kädel sprach über das Betriebsratsgesetz. Troßdem der Kollege wiederholt in Betriebsversammlungen das Gesetz und die Wahlordnung erläutert hatte, zeigte es sich doch, daß die Materie immer wieder von neuem einer eingehenden Behandlung wert ist und jedes einzelne Mitglied sollte sich mit dem Gesetz, das so viel Maschinen, Rollen und Schlingen in sich birgt, vertraut machen. Auch die Beschlüsse des Betriebsratskomitees müssen in den Kreis der Betrachtung gezogen und als Richtlinien für die Zukunft verwertet werden. Der Beitragserhöhung wurde ohne Aussprache zugestimmt. Zu der eingereichten Lohnforderung wurde Stellung genommen und waren alle Redner darüber einig, daß auch die geforderten Lohnsätze noch lange nicht die Höhe erreichen, welche notwendig ist, um nur halbwegs auszukommen. Zum Schluß forderte Kollege Zimmer die Mitglieder auf, fester denn je zur Sache zu stehen und alles Kleinliche beiseite zu lassen, denn wir müssen einig sein in dem Ziel, das wir erstreben.

Waldbirk. Am 7. März fanden für unsere Filiale drei Versammlungen statt, und zwar in Kollinow, Gutach und Bleibach; der Besuch war überall zufriedenstellend. Kollege Blome referierte in allen Versammlungen über die wirtschaftliche Lage und das Betriebsratsgesetz; in Kollinow wurde zudem das Unhalt-

bare der derzeitigen Schichtarbeit besprochen und zumindest eine bessere Bezahlung der in die Nacht fallenden Arbeitsstunden gefordert. (Eine diesbezügliche Forderung ist an die Firma gerichtet worden.) Des weiteren kam Kollege Blome auf die immer mehr in die Erscheinung tretende Gefährdung des Schichtarbeitertages zu sprechen und bezweifelte auf Grund gewisser Vorannahmen die Zuverlässigkeit der Christen in dieser für uns wichtigen Frage. Die Betriebsratswahlen sollten allen Anschein nach lang- und klanglos vollzogen werden; die Unternehmer erklärten mehrfach, wir sollten der Sache doch keine große Bedeutung beilegen und die Christen schienen demgemäß sanft zu schlafen. Es wird nun anders kommen, da wir die Betriebsratswahlen zu einer Aufrüttelung der Geister benutzen werden. Man kann schon jetzt von Wahlstimmung sprechen und unsere Filiale hat durch Errichtung eines Betriebsratsreferentur, an dem zahlreiche Kollegen sich beteiligen, Sorge getragen, daß — so gut das überhaupt möglich ist — gut ausgebildete Kollegen als Kandidaten präsentiert werden können. In allen Versammlungen wurde den Ausführungen des Kollegen Blome lebhafter Beifall gezollt und ihm herzliche Anerkennung für seine im Interesse der Gläubiger Textilarbeiterschaft bisher geleistete Arbeit ausgesprochen. Kollege Friedrich Kollnau berichtete über den Stuttgarter Gaudtag und gab interessante Mitteilungen über die Vorarbeit zu dem neuen Tarifvertrag. Es steht zu erwarten, daß die Lohnsätze des neuen Tarifs einigermaßen mit den Aufwendungen für den Lebensunterhalt in ein richtiges Verhältnis gesetzt werden. Die neuen Beiträge treten am 1. April in Kraft und betragen für ganz Baden: Jugendliche bis 17 Jahren 1,80 M., weibliche über 17 Jahre 2,80 M., männliche über 17 Jahre 3,30 M. inkl. Lokalausschlag (30 Pf.).

Schöpsau. Am 7. März fand im „Schützenhaus“ eine außerordentliche Generalversammlung statt, die einigermaßen gut besucht war. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung konnte wohl die zukünftige Beitragsleistung und Erhöhung des Lokalauschlages angesehen werden. Geschäftsführer Kollege Wolfram hielt hierzu das Referat. In ausgezeichneter Weise erläuterte er die Umstände, die geradezu dazu gezwungen hätten, daß die Zentralleitung und der Beirat, gemäß dem Beschluß der Blaener Generalversammlung, eine Neuregelung der Beitragszahlung vornahm. Aber nicht nur bei der Zentrale machte sich die ungeheure Geldentwertung bemerkbar, auch in der Filiale sei es unmöglich, mit den dieser bisher zur Verfügung gewesenen Mitteln die Unkosten decken zu können. Der Vorstand habe deshalb beschlossen, der Generalversammlung vorzuschlagen, ab 1. April den Lokalbeitrag auf 30 Pfennig zu erhöhen. Er persönlich habe jedoch die Auffassung, daß wir auch mit diesem Beitrag nicht gar zu lange auskommen würden, er empfehle deshalb, sich zu überlegen, ob es nicht besser sei, gleich einen höheren Lokalbeitrag zu beschließen, denn es sei nicht nur unsere Pflicht, gerade die laufenden Ausgaben zu decken, sondern darüber hinaus müßten wir uns einen örtlichen Kampffonds schaffen, der bei der heutigen Geldentwertung eine recht große Höhe haben müßte. Wenn auch die Streikunterstützung von der Zentrale ganz bedeutend erhöht worden sei, könne sie immerhin noch nicht als auskömmlich bezeichnet werden und sei es gut, wenn wir im Falle eines Streiks aus der Lokalfasse noch einen Zuschlag geben könnten, was aber heute unmöglich ist. Diese überzeugenden Worte brachten es mit sich, daß gleich der erste Disziplinsprecher, Kollege Stödel, den Antrag stellte, den Lokalbeitrag auf 50 Pf. pro Woche zu erhöhen. Alle nachfolgenden Redner waren ohne Ausnahme ebenfalls für eine Erhöhung auf 50 Pf. und wurde einstimmig demgemäß beschlossen. Weiter wurde einstimmig beschlossen, nunmehr auch von allen dem Verband Beitretenden, also auch den Jugendlichen, die innerhalb der ersten 8 Wochen ihrer ersten Beschäftigung nach ihrer Schulentlassung beitreten, Eintrittsgeld zu erheben. Im zweiten Punkt wurden Delegierte zur Gaukonferenz gewählt. Nachdem noch eine Ergänzungswahl zum Vorstand vorgenommen worden war, trug Kollege Stödel-Weißbach an Hand von ihm zusammengestellten Materials vor, was heute eine vierköpfige Familie zum Leben brauchen. Es war daraus zu ersehen, daß unsere von den Brandentfernen aufgestellten Lohnforderungen kaum das Existenzminimum einer vierköpfigen Familie decken können. Da das Wort hierzu und auch zu anderen nicht mehr gewünscht wurde, hielt Kollege Wolfram eine kurze aber packende Schlußanrede, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, worauf Kollege Kiesel die sehr imposante und außerordentlich sachlich verlaufene Generalversammlung schloß.

Berichtigung.

In dem Artikel „Die Kosten des Ernährungsbedarfs“ in voriger Nummer muß es in Zeile 9 statt „Bestimmung“ „Rationierung“, in der Uebersicht über den Umfang der Steigerung der Preise statt „Preis für 100 Gr. in M.“ „Preis für 1000 Gr. in M.“ heißen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 4. April, ist der

14. Wochenbeitrag fällig.

An unsere Mitglieder und Ortsverwaltungen!

Laut Beschluß der Beirats-sitzung vom 24. bis 26. Januar d. J. sollen mit Wirkung ab 1. April 1920 die erhöhten Beiträge zur Einführung gelangen. Bei der Kürze der Zeit und in Anbetracht der Gaukonferenzbeschlüsse, nach welchen die Lokalausschläge verschieden, und zwar auf 20, 30 und 50 Pf. festgesetzt wurden, war es nicht möglich, all die verschiedenen Beitragsarten rechtzeitig aus den Druckereien zu erhalten und zum Versand zu bringen.

Durch Einbruch der Verbrederegierung Kapp-Lüttwits und Konfzorten und den zur Abwehr ausgebrochenen Generalstreik ist eine 12tägige Unterbrechung aller Arbeiten herbeigeführt und die rechtzeitige Belieferung unserer Ortsverwaltungen mit den neuen Beitragsmarken unmöglich gemacht worden.

Der hierdurch eingetretenen Verzögerung muß begegnet werden! Ein Teil der Ortsverwaltungen wird schon im Besitz der neuen Beitragsmarken sein; ein anderer Teil wird noch rechtzeitig in den Besitz derselben gelangen. Für diejenigen aber, die nicht rechtzeitig in den Besitz der benötigten Marken kommen können,

vor allem der mit dem 50-Pf.-Lokalausschlag, dürfte es sich empfehlen, daß die Mitglieder kassiert werden, von den Unterkassierern in das Markenseld der kassierte Betrag eingetragen und nebenbei in einer mitzuführenden Liste der Name des Mitgliedsbuches, der gezahlte Betrag und für welche Beitragswoche derselbe gilt, notiert und dem Mitgliede die nächstfolgende Woche die für den geleisteten Beitrag fällige Marke nachgeliefert resp. nachgeschickt wird.

Die Mitglieder werden gebeten, den gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen und den Unterkassierern wie Ortsverwaltungen keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Druckerien haben versprochen, die Marken schnellstens zu liefern, und der Vorstand wird alles aufbieten, daß dieselben unseren Ortsverwaltungen auf schnellstem Wege zugeführt werden.

Geschäftsführerge such.

Für die Filiale Göttingen in Württemberg unseres Verbandes wird ein Geschäftsführer zum baldigen Antritt gesucht.

Kollegen und Kolleginnen, welche mit dem Verbandsleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen und schriftgebüben Fähigkeiten haben und sich um die Stelle bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung, mit der

Aufschrift „Bewerbung“ versehen, unter Beifügung eines Aufjages über die Aufgaben eines Geschäftsführers an die Adresse: Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Berlin D. 27, Magazinstr. 6/7, bis zum 17. April d. J. einzureichen. Zeugnisse und dergleichen sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Verbandszugehörigkeit und volle Beitragsleistung. Gehalt nach den Beschlüssen der Beirats-sitzung vom 25. und 26. Januar 1920. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer desselben besteht eine vierwöchige Kündigung. Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Gau Hannover. Hameln. V: H. Albert, Hameln, Groß-Osterfeld Nr. 18, K: S. Witte, Hameln, Groß-Osterfeld Nr. 42. Nendsbürg. (Neu.) V: Katharine Vogt, Lehrbeker Chaussee 52, K: Antonie Möller, Lehrbeker Chaussee 52. Stade. (Neu.) V: Paul Dillner, Neue Straße 9, K: Max Mehlis, Spiegelberg 4. Gau Düsseldorf. Alf a. d. Mosel. (Neu.) V: Otto Kuhn, Vitzburg ist eingegangen. Düren. K und Geschäftsführer: Th. Wachendorf, Düren-Nord im Rheinland, Josefstr. 59. Effen und Werden sind mit Nettwig verischmolzen. Grefrath. V: Georg Hay, Weide 80. Süls. Briefe an den V. H. Ebberh, Hubertstr. 6. Nettwig. K und Geschäftsführer: Walter Kamm, Hauptstr. 37. Alle Sendungen an diesen. Weggen ist eingegangen.

Gau Vörrach. Sandhofen. Alle Zuschriften an den 2. Vorsitzenden Peter Marzi, Sandhofen-Mannheim, Kolonie 23.

Gau Stuttgart. Vietigheim. V: Emil Kaniel, Bestheimer Str. 41. Bisingen ist eingegangen. Weilderstadt. Der Vorsitzende ist zu streichen. Alle Sendungen an den Kassierer R. Hofhader, Forzheimer Straße.

Gau Augsburg. Bäumenheim. V: Gustav Maul, Nr. 41. Schwarzenbach a. S. K: G. Glaser, Georgienstr. 398.

Gau Oera. Weida. V: Wilhelm Sonntag, Hohe Str. 13. Gau Dresden. Verbisdorf ab 1. April mit Chemnitz verischmolzen. Plauen. Telephon Nr. 2798 und 2799.

Gau Berlin. Magdeburg. K: Fr. Hünze, Moldenstr. 25.

Ortsverwaltungen.

Crimmitschau. Das Mitgliedsbuch (485 802) des Kollegen Richard Halbauer, Weber, geb. am 11. April 1877 zu Schweinsburg, eingetreten am 5. Juni 1910 in Crimmitschau, sowie die Mitgliedskarte (Ortsnummer 438) der Kollegin Lina verm. Köffelbarth, geb. am 4. Juni 1886 zu Spremberg, eingetreten am 1. Dezember 1918 in Crimmitschau, sind verloren gegangen. Wir bitten diese für ungültig zu erklären und bei ihrem Auftauchen der Filiale Crimmitschau einzusenden. Die Ortsverwaltung. N. N.: F. Löbenitz, Herrengasse 13 II.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Annaberg. Martin Bruno Hähler, 16 J., Bauchfellentzündung. Clara Elsa Löschner, 22 J., Grippe. Augsburg. Sofie Kurzendorfer, 30 J., Grippe. Anna Reizner, 21 J., Lungenschwindsucht. Breslau. Elise Hartwig, Spinnereiarbeiterin, 21 J., Entbindungsfolgen. Chemnitz. Hulda Elsa Herold, Besetzerin, 40 J., Grippe. Johanne Marie Lohs, Arbeiterin,

21 J., Grippe. Josepha Deslizo, Arbeiterin, 57 J., Altersschwäche. Friedr. Albin Franke, Wirtler, 63 J., Grippe. Elisabeth Gertrud Kofstroh, Kesselfeierin, 23 J., Grippe. Marie Gertrud Kulle, Repassiererin, 27 J., Grippe. Anna Fischer, Formerin, 32 J., Grippe. Klara Anna Weiser, Arbeiterin, 23 J., Grippe. Greiffenberg. Elise Neumann, Näherin, 22 J. Greiz. Heinrich Hempel, Weber, 60 J., Grippe. Walter Reil, Weber, 56 J., Grippe. Richard Schiller, Weber, Auhachthal, 44 J., Opfer der Revolution (gefallen im Kampfe mit den Kosaken auf der Purtschauer Höhe bei Greiz am 20. März 1920).

Görlitz. Paul Ladek, Vorarbeiter, 56 J., Grippe. Anna Weinholt, Leppichknüpflerin, 20 J., Rippenfellentzündung. Gronau i. W. Reniije de Wilde, Spulerin, 38 J., Grippe. Grünberg i. Schl. Ernestine Schreck, 46 J., Unglücksfall.

Gaan. Hermann Simoi, Weber, 57 J., verunglückt. Lauban. Karl Polke, Mangler, 66 J., Grippe.

Marklissa. Helene Viedensched, Weberin, 25 J., Entbindungsfolgen. Lina Kobl, Weberin, 21 J., Nervenkrämpfe.

Neumünster. Elise Zieh, 19 J., Grippe. Auguste Bandora, 25 Jahre, Grippe. Ohas. Ida Neusch, Näherin, 34 J., Grippe.

Reichenau i. S. Flora Schmidt, 32 J., Rindbettfieber. Reutlingen. Pauline Zimmerer, 19 J., Grippe und Lungentzündung. Georg Bauer, 74 J., Grippe. Rosa Eipp, 27 J., Diphtherie. Baptistschmid, 40 J., Kriegsverwundung.

Schreckheim. Leonhard Huber, 22 J., Tuberkulose. Schweidnitz. Pauline Hedwig, Grippe u. Lungentzündung. Werbau. Frieda Emma Müller, 18 J., Grippe. Anna Strauß, 63 J., Grippe.

Wülfegiersdorf. Klara Gentschel, Andrerin, 24 J., Lungentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg (S.-A.). Donnerstag, 8. April. Berga a. Elster. Sonnabend, 10. April.

Berlin. Uniformkider. Donnerstag, 8. April, abends 5 1/2 Uhr, Wallstr. 32. Eider. Freitag, 9. April, abends 6 Uhr, Wallstr. 32. Vertrauensleute. — Dekatore, Presser, Seitenbandpresser. Sonnabend, 8. April, Stallstraße 39.

Frankenberg. Sonnab., 3. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Tunnel“. Freiberg. Dienstag, 6. April, in der „Union“, Berthelsdorfer Straße.

Fürstentum. Dienstag, 30. März, im „Gezellschafshaus“. Fulda. Sonnabend, 3. April, in der „Viktoria“, Ranasttr. 68. Kofel. Sonntag, 4. April.

Leobschütz. Sonnabend, 3. April. Münden. Sonntag, 4. April, abends 9 Uhr, in der „Schützenlust“.

Neustadt a. Orla. Freitag, 2. April, abends 8 Uhr, im „Waldschützen“. Orla. Sonnabend, 13. April, abends 5 1/2 Uhr, im Böhnes Restaurant.

Pöhlitz. Freitag, 9. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinsgarten“. Roswein. Sonnabend, 3. April, bei Bayer, Schützenstraße.

Wittstock a. Döffe. Sonnabend, 3. April, bei Löbermann, Britz-maller Vorstadt.

Protokoll der Konferenz der in Kleiderfabriken, memischen Wäschereien und Weißwäschereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, abgehalten in Berlin am 15. u. 16. Februar 1920.

Preis 1,50 M. Zu beziehen durch den Deutschen Textilarbeiterverband, Berlin D. 27, Magazinstr. 6/7.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 3. April

Verlag: Karl Göttsch in Falkenberg-Alt-Glienicke. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Treffel in Plauen i. V., für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorearbeits Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Zinzer u. Co. in Berlin.

Gelegene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.